

Die politische Klasse hat den Staat im Griff

BUCH IN DER DISKUSSION: Parteienforscher von Arnim sieht Deutschland in einem Zustand organisierter Unverantwortlichkeit

VON UNSEREM REDAKTEUR
KARL-HEINZ RESEMMEIER

Hans Herbert von Arnim gilt als der schärfste Parteikritiker im Deutschland. In seinem neuen Buch „Die Deutschlandakte“ hat er seinem Ruf wieder einmal alle Ehre gemacht. Bei seinem Streifzug durch die politischen Institutionen des Landes stößt er auf so viel Entsetzliches und Perfides, dass man sich als Leser bald fragt, ob es sich wirklich um das Land handelt, in dem man lebt, oder um eine ferne Bananenrepublik.

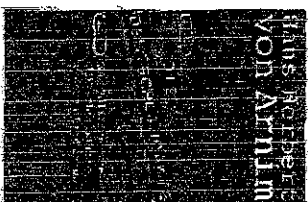
Manchmal wäre weniger Furore besser gewesen. Denn von Arnims Blick auf die Parteien, die Parlamente oder die Justiz ist scharfsichtig und sachkundig. Der Autor versucht zu belegen, wie sehr die „politische Klasse“ dem Staat im Griff hat, seine Institutionen missbraucht und sie auf diese Weise pervertiert. Und er wird auf der Suche nach Beispielen oft fälschlich

Von Arnim sieht ein ganzes Bündel von strukturellen Missständen, die die Macht der Parteien vergrößern und die des Volkes verringern. Da ist zunächst die Gewaltenteilung, die in Deutschland nicht funktioniert. Seit Montesquieu ist die Teilung von Legislative (Parlament), Exekutive (Regierungen) und Justiz für einen Demokratie unabdingbar. Sie sollen voneinander unabhängig sein und sich

gegenseitig kontrollieren.

In den meisten westlichen Staaten ist für Regierungsmitherr ein Sitz im Parlament tabu, schreibt von Arnim. Doch nicht so in Deutschland. Ein Mandat ist für Regierungsmitglieder „eine Art Aufhängeweiz“, falls sie ihren Posten in der Regierung verlieren sollen. Außerdem gebe es nicht zuletzt Bräutle alle Gründe. Minister und Parlamentarische Staatssekretäre erhalten zusätzlich zu ihren Ämtern noch die halben Abgeordnetenstimmen. Auch bei der Justiz funktioniert die Gewaltenteilung nur bedingt. Für den Autor ist es ein Übel, dass Staatsanwälte gegenüber dem Justizminister, also der Regierung, weitestgehend unabhängig sind. Auch die Generalsekretariate seien letztlich politische Staatsanwälte Ermittlungen gegen Politiker einstellen – was sie auch schon getan haben, zum Beispiel beim CDU-Partei-spendenskandal.

Das Volk hat seine ihm in der Verfassung zugesicherte Macht längst an die Berufspolitiker verloren, sagt von Arnim. „Aus Volkssouveränität ist die Souveränität



Hans Herbert von Arnim: Die Deutschlandakte. C. Bertelsmann Verlag, 2008. 267 Seiten, 16,95 Euro.

ist es ein Übel, dass Staatsanwälte gegenüber dem Justizminister, also der Regierung, weitestgehend unabhängig sind. Auch die Generalsekretariate seien letztlich politische Staatsanwälte Ermittlungen gegen Politiker einstellen – was sie auch schon getan haben, zum Beispiel beim CDU-Partei-spendenskandal.

Das Volk hat seine ihm in der Verfassung zugesicherte Macht längst an die Berufspolitiker verloren, sagt von Arnim. „Aus Volkssouveränität ist die Souveränität

ist der politischen Klasse geworden.“ Der Wähler kann zwar seine Stimme abgeben, aber die Politiker entscheiden, was sie wollen. 2005 sei die SPD im Bund eigentlich abgewählt worden, regiert aber trotzdem weiter. Das Gleiche gelte für die CDU in Hessen in diesem Jahr. Durch das Plural-Parteiensystem könne man nicht mehr wirklich eine Regierung wählen oder abwählen. Wer für was zuständig ist, könne der Wähler ohnehin nicht mehr erkennen. Da gebe es diverse Abstimmungen, Koalitionsvereinbarungen,

Einigungen im Vernetzungsausschuss von Bundestag und Bundesrat. Von Arnim sieht in der Verwirrung von Zuständigkeiten einen gewissen „zustand organisierter Unverantwortlichkeit“. Das Volk scharft dem politischen Treiben nach durch die Medien. „Wenn Demokratie Regierung durch das Volk und für das Volk ist, haben wir in Wahrheit gar keine.“

Von Arnim stellt die Existenz der Parteien, denen er so viel vorwirft, allerdings zu keinem Zeitpunkt in Frage. Eine repräsentative Demokratie lässt sich kaum anders organisieren. Doch was heißt eigen-

lich noch repräsentativ, wenn fast die Hälfte der 2600 deutschen Parlamentarier in Bund, Ländern und Europaparlament aus dem öffentlichen Dienst kommt? Auch im Hinblick auf die Trennung von Legislative und Exekutive ist das eine bedenkliche Entwicklung.

Von Arnim verbart aber nicht in der hohen Kritik, sondern sucht Wege aus der Krise. Seine Vorschläge könnte man unter dem Motto „Mehr direkte Demokratie wagen“ subsumieren. „Direkte Demokratie ist das wichtigste Gegengewicht gegen Machtmissbrauch der politischen Klasse“, schreibt von Arnim. Er schlägt zum Beispiel vor, den Ministerpräsident direkt vom Volk wählen zu lassen. Das würde Koalitionen überflüssig machen und stabile Regierungen schaffen. Parteiinterne Kugelspiele wie in Bayern oder Baden-Württemberg wären dann auch nicht mehr möglich. Landesparlamente sollten künftig grundsätzlich Teilzeitarbeitskräfte sein. Außerdem fordert er, dass die Abgeordneten nicht alle in gleicher Höhe, sondern entsprechend ihrem jeweiligen Einkommen bezahlt werden – mit Ober- und Untergrenzen. Derzeit würde eine 20-jährige Abiturientin im Bundestag wie ein Bundesrichter verdienen, während ein Unternehmer der sich politisch engagieren will, auf große Teile seines Einkommens verzichten müsste.

Von Arnim stellt die Existenz der Parteien, denen er so viel vorwirft, allerdings zu keinem Zeitpunkt in Frage. Eine repräsentative Demokratie lässt sich kaum anders organisieren. Doch was heißt eigen-